

Jagdverband Rathenow e.V.

Gemeinnütziger Verein
VR 5762 P, Amtsgericht Potsdam



Der Vorstand

Jagdverband Rathenow – Käthe-Kollwitz-Strasse 20 – 14712 Rathenow

An
Landesjagdverband Brandenburg e.V.
Präsidium
Saarmunder Strasse 35

14552 Michendorf

Geschäftsstelle des Jagdverbandes RN e.V.

Postanschrift:
Käthe-Kollwitz-Strasse 20
Tel.: 03385-49 40 98

email: post@jagdverband-rathenow.de

Internet: www.jagdverband-rathenow.de

14712 Rathenow

Verbandskonto:

Mittelbrandenburgische Sparkasse

IBAN: DE55 1605 0000 1000 9905 80
BIC: WELA DE D1 PMB

Finanzamt Nauen, **Steuer Nr.: 51/141/03707**

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	Telefon, Name S.O.	Datum
			23.03.2018

zu „Jagd als ASP-Prävention“ Brief vom 09.03.2018, veröffentlicht für die Mitglieder am 19.03.2018

Sehr geehrte Vorstandsmitglieder, sehr geehrter Präsident,

wir begrüßen ausdrücklich den Vorstoß in Richtung Landesregierung zu Forderungen nach Handlungsoffensiven bezüglich ASP-Prävention, können aber die Argumentationskette nicht unterstützen.

Wenn unsere satzungsgemäße Aufgabe (Absatz 3 des Schreibens vom 09.03.2018) die Hege und Erhaltung artenreicher, gesunder Wildbestände sowie die Förderung des Tierschutzes ist, wo sind konkrete Forderungen erkennbar, die diesem Ziel - nämlich der Gesunderhaltung unseres heimischen Schwarzwildes vor der ASP - dienen? Es erscheint diesbezüglich im Vorstand des Landesjagdverbandes Brandenburg e.V. die Auffassung vorzuherrschen, dass eine ASP-Prävention allein in der konsequenten Reduktion von Schwarzwild zu suchen ist.

Keine der Forderungen 1 bis 7 lässt für uns ansatzweise erkennen, dass wir als Jägerschaft uns als Anwalt des heimischen Wildes verstehen, vielmehr offenbaren die Forderungen im Kerngedanken, dass der Landesjagdverband Brandenburg e.V. vorbehaltlos eine Reduzierung der Schwarzwildbestände aus „epidemiologischen Gründen“ befürwortet, ohne dass dazu eine begründete wissenschaftliche Bewertung vorliegt. Es bleibt auch im Schreiben vom 09.03.2018 an den Minister unklar, wer Forderungen diesbezüglich an den Verband heranträgt. So sollen hinsichtlich der ASP-Ausbreitung technische Forderungen durchgesetzt werden, die eigentlich der Vermeidung von Wildschäden dienen.

Wir Jäger sind in unserer Entscheidung bezüglich der Aneignung von Schwarzwild frei und wollen durch Sachargumente überzeugend motiviert werden.

In Kenntnis des Briefes vom JV Senftenberg (Elke Faber vom 21.02.2018), dem dort enthaltenen Hinweis auf den Wildökologen Prof. Sven Herzog von der TU Dresden (Radiointerview DF „Forschung aktuell“), den wir gern erweitern um den Hinweis auf die Fernsehdiskussion FAKTist im MDR vom 05.02.2018 (<https://www.mdr.de/tv/programm/sendung778816.html>) und die Sachverständigenanhörung vor dem Sächsischen Landtag (siehe Anlage), führt Prof. Herzog „auf den Punkt gebracht“ unmissverständlich aus, dass der transeuropäische (Lkw) Verkehr mit seinen Nebeneffekten (Leberwurstbrötchen) und die landwirtschaftliche Massen-Schweinehaltung ursächlich für die Aus- und Weiterverbreitung der ASP verantwortlich sind. Er stellt konkret fest,

dass selbst, wenn theoretisch 70%-100% der SW-Population erlegt werden könnten, der Ausbreitungszug der ASP nicht gestoppt werden kann. Prof. Herzog bezeichnet die Forderungen seitens Politik nach radikalem Abschluss des Schwarzwildes als Aktionismus und erkennt darin eine formale Zuweisung der Problemlage an die Jägerschaft.

Der wissenschaftlichen These von Prof. Herzog schließen wir uns als Vorstand des JV Rathenow vollumfänglich an. Da keine andere wissenschaftliche Theorie brauchbar zur Diskussion gelangt ist, müssten unsere Forderungen als Jägerschaft an die Landesregierung daraus bestehen:

- zum Schutz unserer heimischen Schwarzwildbestände den transbrandenburgischen Verkehr verstärkt auf Einschleppung der ASP zu kontrollieren,
- Autobahnraststätten, Raststätten an Bundes- und Landesstraßen in Brandenburg täglich auf Lebensmittelmüll zu kontrollieren und konsequent zu beseitigen,
- das Parken und Übernachten von Transit-LKW dort (Autobahnen) zu kanalisieren,
- konsequent Autobahnparkplätze zum Schutz des heimischen Schwarzwildes einzuzäunen,
- die Einfuhr von tierischen Lebensmitteln aus osteuropäischer Hausschlachtung zu untersagen,
- die Ausstellung und Feilbietung von Wild-Rohwurst aus Osteuropa bei fliegenden Händlern auf Wochenmärkten zu verbieten,
- die Discounter anzuweisen, für die Polnische „Wild-Rohwurst“ Zertifikate der ASP-Freiheit vorzulegen
(<http://www.augsburger-allgemeine.de/geld-leben/Lidl-veraergert-Schweinewirte-mit-Polnischer-Rohwurst-id44255396.html>)

Konsequenterweise muss man dann anerkennen, dass die Jägerschaft prinzipiell unbeteiligt an der ASP-Einschleppung ist. Richtigerweise wird im Schreiben formuliert, dass bereits jetzt schon ein enormer Anteil an Schwarzwild durch die Jägerschaft abgeschöpft wird, der allerdings aus unserer Sicht hauptsächlich durch den gesteigerten Energiepflanzenanbau verursacht ist.

Bei unserer Sichtweise verkennen wir nicht, dass Schwarzwild die *regionale* Weiterverbreitung der ASP in Brandenburg mit Sicherheit beschleunigen kann. Wir sehen einen Eingriff in die Bestände nur dann erleichtert, wenn Kommunen Hemmnisse konsequent abschaffen, beispielsweise die Gebühren für die Trichinenproben aussetzen, um uns zusätzlich zur Aneignung von Schwarzwild zu motivieren.

Kritisch bewerten wir in diesem Zusammenhang Punkt 6, indem von einem Minister preisstabilisierende Maßnahmen für die Vermarktung von Schwarzwild eingefordert werden. Marktmechanismus besteht allein aus Angebot und Nachfrage, wenn allerdings nicht nachgefragt wird, weshalb soll die Jägerschaft das Angebot an Schwarzwild-Wildbret im Markt erhöhen? Wenn der Markt keine Nachfrage signalisiert, argumentativ aber angeführt wird, dass nur mit technischen Hilfsmitteln (vgl. Forderung 5) eine intensive Reduzierung der Schwarzwildbestände möglich ist, dann wird aus unserer Sicht die Glaubwürdigkeit der Jägerschaft erheblich Schaden nehmen.

Werden Forderungen aus dem Schreiben vom 09.03.2018 umgesetzt, wird uns als Jägerschaft die Last der Bringschuld auferlegt. Im Fall eines ASP-Ausbruchs werden wir dann zwangsläufig mit Schuldzuweisungen konfrontiert.

Insgesamt müssen wir uns von der Forderungen zur ASP-Prävention distanzieren. Wir regen dringend an, die Meinungsbildung zu Sachthemen in die Kreisjagd- und Jagdverbände zu tragen.

S. Meyer, Vorsitzender Jagdverband Rathenow e.V.